

**CDU****Fraktion im Rat
der Stadt Bedburg**

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bedburg, vertr. d. d. Vorsitzenden
Johann-Wilhelm Olpen | Am Zelenberg 40 | 50181 Bedburg

Johann-Wilhelm Olpen
Vorsitzender

Am Zelenberg 40 - 50181 Bedburg
Telefon: 02272-83691
Fax: 02272-8066569
Mail: jw.olpen@cdu-bedburg.de

Bedburg, den 20.12.2016

Haushaltsrede 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach der Beratung des Haushaltsentwurfs 2017 vor zwei Wochen im Haupt- und Finanzausschuss und der mit den Stimmen des Mehrheitsbündnisses beschlossenen Empfehlung an den Rat, dem Haushalt 2017 mit den beschlossenen Veränderungen und Ergänzungen zuzustimmen, ist eigentlich schon alles klar. Das Mehrheitsbündnis aus SPD, FWG und Grünen wird den Haushalt 2017 heute verabschieden.

Damit könnte man sich jedes weitere Wort über den Haushalt sparen und zur Tagesordnung übergehen. Doch ein Haushalt besteht ja nicht nur aus dem Zahlenwerk, das die Kämmerei mit Akribie zusammengetragen hat. Vielmehr enthält der Haushalt darüber hinaus auch politische Aussagen, die für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt Bedburg maßgeblich von Bedeutung sind. Und mit dieser politischen Komponente des Haushalts müssen wir uns sehr wohl eingehend auseinandersetzen.

Aber vielleicht bleiben wir zunächst doch noch ein bisschen bei den Zahlen. So dürfen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Gesamtbetrag der Erträge für 2017 mit 62 Million € im Haushalt angesetzt ist. Das sind Mehreinnahmen gegenüber 2016 in Höhe von fast 20 % oder rund 10 Millionen €. Sie, Herr Bürgermeister, scheinen tatsächlich unter einem glücklichen Stern geboren. Denn kein Bürgermeister vor Ihnen hatte jemals so viel Geld zur Verfügung, um

seine Politik umzusetzen. Die relativ konstanten Erträge aus dem Windpark Königshoven wehen Ihnen Summen im siebenstelligen Bereich in die Stadtkasse. Die Steuerquellen sprudeln, nicht zuletzt auch durch die bereits umgesetzten und noch beabsichtigten Erhöhungen der kommunalen Steuern. Darüber hinaus tun sich Fördertöpfe auf, die unerwartet Hunderttausende von Euro in unsere Kasse spülen. Und dann sinkt auch noch die viel gescholtene Kreisumlage. Und, oh Glück: Der Kapitalmarkt beschert uns für unsere hohen Kredite Zinsen im Bereich von annähernd 0 %. Daraus sollte man doch etwas machen können. Aber was machen Sie und das Mehrheitsbündnis daraus: Ein Haushaltsdefizit von 7,5 Million €. Und das, obwohl wir Anfang dieses Jahres bei der Verabschiedung des Haushalts 2016 das Haushaltsdefizit für 2017 noch mit lediglich 4,5 Millionen € angesetzt haben. 3 Million € mehr Defizit in nur wenigen Monaten. Das ist schon eine Hausnummer.

Nicht ganz uninteressant ist der Blick in den Doppelhaushalt 2013/2014, der Haushalt, mit dem auch das Haushaltssicherungskonzept verabschiedet wurde. Da waren die ordentlichen Aufwendungen für 2017 mit 53,2 Million € angesetzt. Nunmehr beläuft sich der Ansatz im Gesamtergebnisplan auf 65,8 Million €. Eine gewaltige Steigerung auf der Ausgabenseite. Und diese Steigerung der Ausgaben, Herr Bürgermeister, fällt im Wesentlichen in Ihre Amtszeit, in der Sie – mit Unterstützung des Mehrheitsbündnisses aus SPD, FWG und Grünen – die Geschicke der Stadt bestimmen. Meine Damen und Herren, würden die Zahlen aus 2013 noch Geltung haben, dann müsste die Stadt mit den derzeitigen Erträgen kein Defizit fahren, sondern ein Haushalts-Plus im zweistelligen Millionenbereich erwirtschaften. Tut sie aber nicht. Und was zeigt uns das? Zweierlei:

Wenn mehr Geld da ist, wird auch mehr Geld ausgegeben. Konsequentes sparsames Wirtschaften macht eben keinen Spaß. Und es bringt auch keine Wählerstimmen.

Und weiter: Den Zahlen darf man nicht blind vertrauen. Denn erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Das gilt aber nicht nur für die Zahlen aus dem Jahr 2013. Das gilt genauso für die Zahlen, die wir mit dem Haushalt 2017, der mittelfristigen Finanzplanung und dem fortgeschriebenen Haushaltssicherungskonzept zur Entscheidung vorliegen haben.

Und unverhofft werden Kostensteigerungen nicht nur von außen in unseren Haushalt getragen, wie dies zum Beispiel durch die Flüchtlingskrise geschehen ist. Unverhofft passieren auch Dinge, die aus unserem eigenen Verantwortungsbereich herrühren. Zu nennen sind da zwei kostensteigernde Faktoren, die nicht so ganz voneinander getrennt werden können: Nämlich die Steigerung der Kosten der Rathauszentralisierung sowie die durch die Personalentwicklung bedingten Mehrkosten.

Kommen wir zunächst zu dem leidigen Thema „Rathauszentralisierung“: Da sind Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Mehrheitsbündnisses, mutig vorangeschritten, indem Sie im laufenden VOF-Verfahren umgeschwenkt sind, die Projektalternativen allein auf die

Erweiterung des Bestandsgebäudes beschränkt haben (woraufhin vier von sechs Interessenten abgesprungen sind) und vollmundig verkündet haben: Wir schaffen die Rathauszentralisierung zum halben Preis. Uns haben Sie als großmannsüchtig und verschwenderisch gescholten. Gesucht und gefunden wurde dann ein Generalsplaner, der für 5,5 Million € die Rathauszentralisierung planen sollte und auch vorgab, das zu schaffen. Ergebnis heute: Im Haushalt stehen für die Rathauszentralisierung Kosten in Höhe von annähernd 9 Millionen €. Eine Kostenexplosion von 63,6 %. Und mit dem Bauen haben wir nicht einmal begonnen. Diese Zahlen belegen, dass wir in derselben Schuldenliga spielen wie die Stadt Köln mit ihrer Oper.

Nun hat sich die Verwaltung in der Haupt- und Finanzausschusssitzung große Mühe gemacht nachzuweisen, dass tatsächlich nur eine Kostensteigerung von 0,6 Million € vorliege, die sich im Rahmen des Üblichen halte. Wenn ich aber zu den ursprünglichen 5,5 Millionen € 0,6 Millionen € hinzuzähle, bin ich noch nicht ganz bei 9 Millionen €. Da fehlen dann noch ein paar Milliönchen. Und da kommt dann die eben angesprochene Personalentwicklung ins Spiel.

Insoweit ist ganz nüchtern festzustellen, dass die Einsparungen im Personalbereich, wie sie das Haushaltssicherungskonzept vorgegeben hat, nicht umgesetzt wurden bzw. werden. Im Gegenteil: Sie, Herr Bürgermeister, stellen in einem Umfang mehr Personal ein, womit zum einen erheblich höhere Personalkosten entstehen, als diese bislang veranschlagt waren. Zum anderen verursachen Sie durch mehr Personal einen erheblich höheren Raumbedarf, weshalb Sie die ursprüngliche Planung zur Rathauszentralisierung nunmehr um 18 Büroräume erweitern wollen. Auch das ist eine Hausnummer.

Dabei möge man uns aber nicht falsch verstehen: Auch wir wollen eine leistungsfähige, serviceorientierte und bürgerfreundliche Verwaltung. Und wenn es z.B. um den Bereich Jugendamt geht, sind wir die Letzten, die da den Rotstift ansetzen wollen. Immerhin haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Stärkung der Jugendgerichtshilfe zwei Anträge eingebracht, die einstimmig verabschiedet worden sind und die durchaus auch Auswirkungen auf den dortigen Personalbedarf haben können. Aber muss es in Anbetracht des wiederum hohen Haushaltsdefizits wirklich sein, dass Sie eine Steuerfachkraft einstellen wollen? Kosten pro Jahr rund 50.000 €. Wäre da die Qualifizierung des vorhandenen Personals nicht ebenso effektiv, aber weitaus kostengünstiger? Und dann auch noch eine zusätzliche Fachkraft im Hinblick auf die anstehende Verbesserung der IT-Ausstattung an städtischen Schulen? Kosten pro Jahr ebenfalls rund 50.000 €. Es sei der Hinweis erlaubt: Jeder Mitarbeiter der Verwaltung kostet uns auf seine Lebensarbeitszeit gerechnet rund 2,5 Millionen €. Das ist keine Kleinigkeit, aber eine Hypothek für die Zukunft. Und dann beantragen Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der SPD, zwei weitere Stellen für das Ordnungsamt. Das brachte sogar den Kollegen der FWG, die Ihnen sonst ja so willig folgen, Sorgenfalten auf die Stirn. Auch wir, die wir gerne für Sicherheit und Ordnung einstehen, konnten da nur mit dem Kopf

schütteln. Auch wenn Sie die Stellen nunmehr zunächst auf zwei Jahren befristet haben, bedeutet dies eine Mehrbelastung der Haushalte der nächsten beiden Jahre in Höhe von 200.000 €. Wie sollen sich diese Mehrkosten je amortisieren? Durch mehr Knöllchen, die die Bürgerinnen und Bürger bezahlen müssen? Kein wirklich sympathischer Gedanke. Aber noch einmal zur Klarstellung: Wir wissen, dass eine serviceorientierte und bürgerfreundliche Verwaltung nicht ohne Personal funktioniert. Aber: Wir haben mit dem Haushaltssicherungskonzept Einsparungen im Personalbereich zu einer der wesentlichen Säulen der Haushaltskonsolidierung gemacht. Deshalb ist es Ihre Aufgabe, Herr Bürgermeister, grundsätzlich mit dem Personal und den damit verbundenen Kostenansätzen auszukommen, die das Haushaltssicherungskonzept vorgibt. Selbst wenn das nicht immer und auch nicht überall möglich sein sollte, verbleibt es gleichwohl bei diesen Grundsätzen. Dass Sie Ihre Personalpolitik an diesen Grundsätzen ausrichten, sehen wir zurzeit nicht. Und da Sie diesen Grundsätzen nicht folgen, hat das Auswirkungen. Und zwar nicht nur im Bereich der Personalkosten, sondern eben auch im Bereich der Kosten für die Rathauszentralisierung. Denn mehr Personal braucht mehr Räume. Und ein höherer Raumbedarf bedingt natürlich auch höhere Baukosten. Und darüber hinaus natürlich auch höhere Betriebskosten. Eine weitere Hypothek für die Zukunft.

Auch hier noch einmal zur Klarstellung folgender Hinweis: Wir verlangen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung einen hohen Arbeitseinsatz und ordentliche Arbeitsergebnisse. Da ist es selbstverständlich, dass auch die CDU die Rathauszentralisierung nutzen will, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung ein ordentliches Arbeitsumfeld zur Verfügung zu stellen. Aber ist es dafür tatsächlich erforderlich, den ursprünglich geplanten Anbau an das alte Rathaus in Kaster gleich um 18 weitere Büroräume aufzustocken? Den Beweis hierfür sind Sie uns bislang ebenfalls schuldig geblieben.

Und nun zu Ihrer Vorgehensweise:

Hätte man die Erweiterung der Erweiterung des Anbaus an das Rathaus und die hierdurch bedingte, nicht ganz unerhebliche Kostensteigerung nicht auch erst einmal in den Fachausschuss bringen und beraten müssen? Die erste Erweiterung des Rathausanbaus haben Sie doch immerhin auch im Bauausschuss vorgestellt, auch wenn Sie meinten, über eine diesbezügliche Kostensteigerung nicht informieren zu müssen. *Es sei ja von Seiten der Politik nicht nachgefragt worden.* Nach der ersten Erweiterung des Rathausanbaus hatten wir allerdings auch nicht gefragt. Trotzdem haben Sie darüber von sich aus informiert. Und so hätte das auch mit der hierdurch bedingten Erhöhung der Baukosten geschehen müssen. Wir sehen hier grundsätzlich eine Bringschuld der Verwaltung und nicht eine Holschuld der Politik. Was nun die zweite Erweiterung des Rathausanbaus angeht, glaubten Sie wohl, gar nicht mehr informieren zu müssen. Keine Beratung im Fachausschuss. Kein Hinweis in den Haushaltsreden von Kämmerer und Bürgermeister. Nicht einmal eine Veröffentlichung im „Bedburger Löwe“, wo Sie, Herr Bürgermeister, doch sonst so gerne der Öffentlichkeit Ihre Ruhmestaten darstellen. Nein. Zwei unauffällige Kostenpositionen im Haushaltsentwurf 2017

sollten zur Information der Politik und Öffentlichkeit genügen. Ein Schelm, der sich Böses dabei denkt. Und wenn die CDU-Fraktion dann Ihre Aufgabe wahrnimmt, die Öffentlichkeit zu informieren, schelten Sie uns, weil wir dadurch die Öffentlichkeit verunsichern. Ein seltsames Verständnis von Offenheit und Transparenz, dass Sie, Herr Bürgermeister, uns da kundtun. Hätte die CDU-Fraktion die Kostensteigerung der Rathauszentralisierung, die doch wohl mit Sicherheit im öffentlichen Interesse steht, nicht an die Öffentlichkeit gebracht, wann hätten Sie denn Politik und Öffentlichkeit darüber informieren wollen? Am liebsten wohl gar nicht. Dem Bürger zu sagen, dass der Rathausanbau das Schicksal vieler Baumaßnahmen der öffentlich Hand nimmt und erheblich teuer als geplant wird, scheint Ihnen schwer zu fallen. Damit kann man auch wohl kaum punkten. Gleichwohl haben wir hierfür kein Verständnis haben.

Nachdem nun das Kind schon einmal in den Brunnen gefallen ist, haben Sie die heutige Ratssitzung zum Anlass genommen, den aktuellen Planungsstand auf die Schnelle nachzuschieben. Gegenüber der Ausgangsplanung ist nun doch vieles anspruchsvoller – manche werden auch sagen: verschwenderischer –, als anfänglich mal gedacht. Und die Kostensteigerung mag man rechnen wie man will: Statt bei 5,5 Millionen €, wie im VOF-Verfahren, sind wir jetzt tatsächlich eben doch bei 9 Millionen €. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Und ob das alles so und mit diesen Mehrkosten erforderlich ist, ist auch mit der Vorstellung der aktuellen Planung nicht nachgewiesen. Wir sehen auch nach der heutigen Vorstellung Potential, um den Rotstift anzusetzen. Und zwar, ohne dass sich damit die Qualität des Arbeitsumfeldes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber der vorgestellten Planung wesentlich verschlechtern muss. Aber eine gewisse Bescheidung unserer Ansprüche, insbesondere auch die der Politik, erscheint unausweichlich. Für kleines Geld geht eben nicht alles. Wir werden daher sehen, was die nun auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossene Beratung über die Erforderlichkeit der Erweiterung der Erweiterung des Rathausanbaus im Fachausschuss Anfang 2017 bringen wird.

Aber der Hinweis aus der Verwaltung, dass Änderungen der bereits fertigen Planung zu zeitlichen Verzögerungen führen werden, macht schon deutlich, wohin der Hase läuft: Umplanungen, auch wenn sie zu einer Kostenreduzierung führen sollten, werden überhaupt nur dann möglich sein, wenn man eine zeitliche Verzögerung bei der Umsetzung der Rathauszentralisierung in Kauf nimmt. Leider haben SPD und FWG bereits im Vorfeld deutlich gemacht, dass ihnen die rechtzeitige Fertigstellung des Rathauses vor den Kommunalwahlen 2020 wohl wichtiger sein wird, als kostengünstig zu bauen.

Sollte es aufgrund einer erforderlich werdenden Umplanung allerdings zu zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung der Rathauszentralisierung kommen, werden Sie, werte Kolleginnen und Kollegen des Mehrheitsbündnisses, sich das ganz allein zuzuschreiben haben. Für jedes noch so unbedeutende Projekt richten Sie einen runden Tisch oder einen Arbeitskreis ein. Nur das Projekt „Rathauszentralisierung“ sollte von Anfang an ohne die übliche und erforderliche politische Begleitung ablaufen. Ihr Einstieg in das Projekt war bereits falsch. Das haben wir immer wieder gerügt. Aber Sie haben nicht reagiert. Und dass

Sie unseren Einsparvorschlag, zunächst auf die Fraktionsbüros zu verzichten und darüber hinaus von einer Vergrößerung des Ratssaales abzusehen, nur müde belächelt haben, weil man damit angeblich keine 3 Millionen € Mehrkosten einsparen kann, macht deutlich, wie Sie unterwegs sind. In Anbetracht der Haushaltslage ist jeder Sparvorschlag ernsthaft zu prüfen. Jeder Euro, den wir sparen können, ist eine gute Investition in die Zukunft unserer Stadt Bedburg.

Und selbstverständlich haben wir auch Verständnis dafür, dass ein Architekt schön bauen will. Aber es soll eben nicht schön teuer werden. Das ist doch auch Ihr Gedanke gewesen, als Sie in die von Ihnen propagierte „Rathauszentralisierung zum halben Preis“ eingestiegen sind. Dass Sie, meine Damen und Herren vom Mehrheitsbündnis, so widerstandslos und bereitwillig von Ihrer zumindest im Kerngedanken begrüßenswerten Idee, die Rathauszentralisierung zum halben Preis umzusetzen, abgehen und wir nun quasi als Verteidiger Ihrer Idee auftreten, ist ja schon irgendwie paradox. Sollten Sie aber die heute vorgestellte Planung durchwinken wollen, dann dürfen wir an dieser Stelle jedenfalls schon eins festhalten:

Ihr Sparmodell der Rathauszentralisierung ist gescheitert.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch noch ein Wort an Sie, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, richten: Die CDU-Fraktion wird Sie nicht im Regen stehen lassen. Weder bei der Besetzung notwendiger Stellen noch bei der Qualität Ihres Arbeitsumfeldes. Wie die meisten von Ihnen wissen werden, arbeite ich selbst im öffentlichen Dienst. Mittlerweile seit über 30 Jahren. Sie können mir glauben: Ich weiß sehr genau, was Mangelverwaltung im öffentlichen Dienst bedeutet. Das gebe ich auch regelmäßig in die Fraktion, wo – das kann ich Ihnen versichern – diese Problematik auch mit allem Ernst behandelt wird. Und um hier zumindest ein kleines Zeichen zu setzen, haben wir für das neue Jahr einen – hoffentlich auch aus Ihrer Sicht – guten Vorsatz gefasst: Wir wissen, dass Sie durch die inflationäre Zahl von Anträgen der Fraktionen erheblich belastet sind. Die CDU-Fraktion wird sich deshalb künftig mit der Zahl ihrer Anträge beschränken. Wir werden versuchen, uns bereits im Vorfeld mit dem Bürgermeister oder den anderen Fraktionen abzustimmen, um so möglicherweise unnötige oder von Anfang an aussichtslose Anträge zu vermeiden. Es kann nicht sein, dass wir – und damit meine ich tatsächlich alle Parteien im Rat – unser Profilierungsbedürfnis auf Ihrem Rücken austragen. Die anderen Parteien mögen erwägen, unserem Beispiel zu folgen.

Konsequentes sparsames Wirtschaften vermissen wir auch an anderer Stelle: Da beantragen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, einen zusätzlichen Betrag von 275.000 € (in Worten: zweihundertfünfundsiebzigtausend Euro) in den Haushalt einzustellen, um damit einen Teil der ehemaligen Sportplatzfläche in Lipp, der als Parkplatz genutzt werden soll, zu pflastern. 50-60 Parkplätze. Weniger geht nicht, meint Ihr Ortsbürgermeister. Konsequentes sparsames Wirtschaften? Die Frage beantwortet sich wohl von selbst.

Und was die Mittel aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ in Höhe von jährlich etwa 400.000 € angeht, hätten Sie das Geld für 2017 wohl auch gerne für zusätzliche und nicht die bereits beschlossenen Maßnahmen ausgegeben. Anscheinend konnte der Kämmerer Sie hier aber noch rechtzeitig einbremsen.

Und was ist mit der Generierung weiterer Einnahmen für die Stadt? Da sieht es zurzeit auch schlecht aus, vor allem dann, wenn wir Mehreinnahmen nicht auf Steuererhöhungen gründen wollen. Wenn wir mehr Steuern einnehmen wollen, brauchen wir mehr Steuerschuldner. Über die Einwohnerzahl wird sich das nicht bewerkstelligen lassen. Bleiben die Gewerbetreibenden. Wer aber neue Gewerbebetriebe ansiedeln will, der braucht Gewerbeflächen, die er anbieten kann. Wenn Sie, Herr Bürgermeister, uns in Kürze oder aber sogar noch heute Abend die frohe Botschaft verkünden werden, dass die letzte größere Gewerbefläche im Industriepark Mühlenerft erfolgreich vermarktet ist, dann war es das. Dann sind wir quasi ausverkauft. Und neue Gewerbeflächen? Bisher ist da kein Licht am Ende des Tunnels. Weder auf unserem Stadtgebiet noch interkommunal. Und unter einer rot-grünen Landesregierung wird sich da wohl auch nichts ändern. Wir haben versucht, Ihre diesbezüglichen Bemühungen durch eine politische Zielsetzung im Haushalt zu unterstützen, was die Mehrheit allerdings abgelehnt hat. Das ist schon fast symptomatisch zu nennen, nachdem man bezüglich einer möglichen Erweiterung vorhandener Gewerbeflächen die Tür zugeschlagen hat, ohne vorher eine andere Tür zu öffnen.

Eingangs hatte ich bereits angemahnt, dass wir vorsichtig sein müssen, wenn es darum geht, auf Zahlen und Prognosen zu vertrauen. Damit möchte ich nicht etwa die Arbeit der Kämmerei kritisieren. Diese ist handwerklich mit Sicherheit tadellos. Aber vergleichen Sie doch einmal die Ansätze in dem fortgeschriebenen Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2017 mit den Ansätzen aus früheren Jahren. Sie werden feststellen, dass die einzigen Konstanten die Erträge aus den erhöhten kommunalen Steuern, insbesondere der Grundsteuer B, sowie die Erträge aus dem Windpark Königshoven bzw. aus sonstiger energiewirtschaftlicher Betätigung sind. Vergleichen Sie aber auch einmal die Ansätze bei den Personaleinsparungen und den Erträgen aus der Vermarktung des Baugebiets „Sonnenfeld“. Die Einsparungen im Bereich Personal haben nicht wie geplant stattgefunden – im Gegenteil. Die Vermarktung des Baugebietes ist zweimal um ein Jahr verschoben worden. Zwei Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen haben damit bereits nicht so gegriffen, wie diese im Haushaltssicherungskonzept geplant waren. Ich persönlich habe großen Respekt vor der Arbeit der Kämmerei, die es gleichwohl wieder geschafft hat, die Punktlandung in 2022, nämlich den ausgeglichenen Haushalt, jedenfalls planerisch darzustellen. Gleichwohl weist der Haushaltsentwurf 2017 auf der Seite 47 neben Chancen auch auf Risiken hin. Zum Risiko „Personalaufwand“ habe ich schon einiges ausgeführt. Ein weiteres Risiko stellen die Zinsen dar. Hier sind insbesondere die problematischen Liquiditätskredite anzuführen, für die regelmäßig keine Zinsfestschreibung besteht. Sollten die Zinsen steigen – was wir weder beeinflussen noch vorhersehen können – wird das nicht unerhebliche Auswirkungen auf die

Konsolidierung des Haushalts haben. Müssen wir deshalb nicht die eine oder andere Konsolidierungsmaßnahme in der Hinterhand haben, um gleichwohl auch im Falle widriger Entwicklungen einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2022 sicherstellen zu können? Die CDU-Fraktion hatte bereits im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2016 vorgeschlagen, zusätzliche Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu erarbeiten. Das hat die Ratsmehrheit Anfang des Jahres abgelehnt. *Das könne man im Haupt- und Finanzausschuss machen.* Leider hat der Haupt- und Finanzausschuss bis zu den jetzigen Haushaltsberatungen aber nicht mehr getagt. Wir haben Ihnen deshalb erneut den Vorschlag unterbreitet, eine Task Force „Haushaltskonsolidierung“ einzurichten mit dem Ziel, im Haushaltsjahr 2017 über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam nachhaltige und zudem Steuererhöhungen vermeidende, ertragssteigernde und aufwandsmindernde Maßnahmen für zukünftige Haushalte zu erarbeiten. Dem sind Sie wieder nur halbherzig gefolgt. Anscheinend sind Ihnen die Probleme und Risiken der Haushaltskonsolidierung nicht bewusst. Und deswegen nehmen Sie Haushaltsdefizite in Millionenhöhe anscheinend bereitwillig in Kauf, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass jeder Euro Defizit das Vermögen der Stadt aufzehrt und uns in Kredite mit dem bereits dargestellten Zinsrisiko zwingt. Die allgemeine Rücklage der Stadt Bedburg wird von anfänglich rund 90 Millionen € im Jahr 2022 auf rund 35 Millionen € gesunken sein. Das sollte doch für jeden von uns Grund genug sein, sich ernsthaft mit dem Thema einer sicheren und Haushaltsdefizite vermeidenden Haushaltskonsolidierung auseinanderzusetzen. Doch Sie benutzen in diesem Zusammenhang gerne den Begriff des „Totsparens“. *Wir wollen uns doch nicht „totsparen“.* Nein, das wollen auch wir nicht. Aber zwischen „sparsam wirtschaften“ und „totsparen“ gibt es ja noch graduelle Unterschiede, die es erlauben, Haushaltskonsolidierung etwas differenzierter zu betrachten.

Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, kann sich eigentlich noch an die 5 %-Hürde erinnern. Nein, liebe Kollegen der kleinen Parteien, ich meine nicht die im Wahlrecht. Bevor wir ins Haushaltssicherungskonzept kamen, waren 5 % Haushaltsdefizit einmal die Hürde, um eine Genehmigung für unseren Haushalt zu bekommen. Zweimal in aufeinander folgenden Jahren ein höheres Defizit und man war im Nothaushalt. Das scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Mit dem Haushalt 2017 haben wir allein in dieser Wahlperiode zum dritten Mal in Folge ein die 5 %-Grenze wesentlich übersteigendes Defizit. Das Haushaltssicherungskonzept scheint für einige von uns ein Freibrief zu sein, immer neue Schulden zu machen. Hauptsache die Punktlandung in 2022 lässt sich noch irgendwie darstellen. Aber das kann es doch nicht sein. Würde ein „sparsames Wirtschaften“ nicht wenigstens den Versuch voraussetzen, das Haushaltsdefizit in jedem Jahr unterhalb der besagten 5 %-Grenze zu halten? Wir meinen schon. Aber Sie, Sie unternehmen nicht einmal den Versuch.

Da Sie aber nicht bereit sind, differenzierte zusätzliche Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten, haben wir Ihnen vorgeschlagen, die Einzelbudgets pauschal um 5 % zu kürzen. In der Wirtschaft ist das gängige, erfolgreiche Praxis. Unser Vorschlag hätte das Haushaltsdefizit um etwa 3,5 Millionen € verringern können. Dass Sie dem nicht zustimmen würden, war uns leider von Anfang an klar. Wir wollten Ihnen mit

diesem Vorschlag aber auch zeigen, wohin uns das Thema „Haushaltskonsolidierung“ bringen wird, wenn – wie bereits geschehen – nicht alle bisher in das Haushaltssicherungskonzept eingestellten Konsolidierungsmaßnahmen wie geplant greifen und alternative zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen – weil nicht rechtzeitig erarbeitet – auch nicht zur Verfügung stehen. Dann wird man nämlich, um den erforderlichen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können, auf solche pauschalen Kürzungen oder auf noch unangenehmere Maßnahmen zurückgreifen müssen. Oder wir gehen in den Nothaushalt. Dann wird allerdings „totsparen“ die Regel sein.

Wenn sich nach dem Vorgesagten nun der Eindruck aufdrängen sollte, als seien die Beratungen zum Haushalt 2017 ausschließlich negativ verlaufen, muss ich dem an dieser Stelle gleichwohl entgegentreten. Die Beratungen verliefen jedenfalls insoweit durchaus konstruktiv, als auch von Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen des Mehrheitsbündnisses, Anregungen eingebracht worden sind, denen auch wir als CDU-Fraktion zustimmen konnten und zugestimmt haben. Hierüber werden Sie aber mit Sicherheit gleich selbst in epischer Breite berichten, weshalb ich insoweit auf weitere Ausführungen verzichte. Hervorzuheben ist an dieser Stelle vielleicht ein Antrag der Grünen, das Zuckerfabriksgelände nördlich der Erft und östlich der K37n zu erwerben, um dort aufzuforsten und eine moderne Stadthalle mit angeschlossenem Park- und Schützenfestplatz zu errichten, verbunden mit dem Ziel, hierdurch neue Planungsmöglichkeiten für die Innenstadt und die Umgebung des Schlosses zu erreichen. Ob dieses Ziel bautechnisch und im Hinblick auf die Kosten umsetzbar ist, ob dies im Einvernehmen mit den Vereinen, die bislang ihre Veranstaltungen auf dem Schlossparkplatz ausrichten, möglich ist, muss zumindest angezweifelt werden, bedarf jedenfalls einer intensiven Prüfung bzw. vorheriger umfassender Gespräche mit den betroffenen Vereinen. Wir entnehmen Ihrem Antrag aber mit Interesse, dass Sie die so wichtige Gestaltung der Mitte unserer Stadt Bedburg noch nicht ad acta haben. Die CDU-Fraktion hat das auch nicht getan. Anders aber wohl die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Einem Ihrer Anträge durften wir entnehmen, dass Sie sich bei der Gestaltung der Bedburger Mitte wohl nur noch auf die Reaktivierung des Toom-Marktgebäudes beschränken wollen. Das ist nach unserer Meinung – jedenfalls zurzeit – zu kurz gedacht. Denn die Reaktivierung des Toom-Marktgebäudes als solches kann nicht das Ziel sein. Ziel des Projekts „Bedburger Mitte“ war und soll bleiben die Stärkung des Einzelhandels und die Attraktivierung der Innenstadt. Ob dies allein und überhaupt durch die Reaktivierung des Toom-Marktgebäudes möglich ist, wissen wir nicht. Deswegen hatten wir auch bereits vor den Sommerferien beantragt, Dr. Pflüger und das Planungsbüro Jansen einzuladen, um sachkundig klären zu lassen, inwieweit die Reaktivierung des Toom-Marktgebäudes zu einer Stärkung des Einzelhandels und einer Attraktivierung der Innenstadt führen kann oder ihr nicht sogar entgegenwirkt. Da machen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, gerne wieder den zweiten Schritt vor dem ersten. Aber das konnten wir ja dann zum Glück mit Hilfe der Verwaltung noch korrigieren. Dass langsam Zug in die Sache kommen muss, versteht sich eigentlich von selbst. Einvernehmlich und auf Anregung der CDU konnten wir uns deshalb darauf einigen, dass die Politik die diesbezüglichen Vorgaben abschließend im ersten Halbjahr 2017 beraten und entscheiden wird.

Nicht unzufrieden mit den Haushaltsberatungen sind wir aber auch deshalb, weil Sie, verehrte Mitglieder des Mehrheitsbündnisses, doch wenigstens einigen unserer Anträge zugestimmt haben. Aus Zeitgründen will ich mich darauf beschränken, nur diejenigen vorzutragen, die uns besonders am Herzen liegen:

So konnten wir Sie davon überzeugen, dass auch zukünftig die Hochzeitsmesse und die Gesundheitsmesse durchgeführt werden. Als politische Zielvorgabe haben Sie zugestimmt, dass sich die Stadt Bedburg für die Auszeichnung „Europa-Aktive-Kommune“ bewerben wird. Des Weiteren wird die Stadt beauftragt, auf unseren Antrag hin ein Integrationskonzept zu erarbeiten und im Rahmen des bereits bestehenden Projekts „Soziale Stadt Bedburg“ den Aspekt der Inklusion mit zu berücksichtigen. Wichtig waren uns weiter unsere Anträge zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Jugendgerichtshilfe und Jugendgericht, die Sie dankenswerterweise ebenfalls unterstützt haben. Unter anderem soll die Jugendgerichtshilfe zukünftig pädagogische Maßnahmen, z.B. soziale Trainingskurse, Anti-Aggressionskurse und ähnliches vorhalten. Die Bedarfe in der Jugendarbeit sind zudem nicht statisch, sondern ständigem Wandel unterworfen. Zur Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots wird die Verwaltung deshalb auf unseren Antrag hin beauftragt, die Einrichtung eines Jugendzentrums oder einer ähnlichen Einrichtung in Bedburg-Mitte sowohl hinsichtlich des Bedarfs als auch der Umsetzbarkeit zu prüfen. Arbeit ist ein Grundrecht. Nicht nur für uns, die wir in diesem Land geboren sind. Auch für die Flüchtlinge, die in unserem Land, in unserer Stadt leben und sich integrieren wollen. Die Stadt Rommerskirchen macht uns vor, dass und wie das geht. Auf den Antrag der CDU hin wird die Verwaltung prüfen, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen Flüchtlinge vor Anerkennung des Asylantenstatus aktiv am Arbeitsleben in Bedburg teilhaben können. Des Weiteren wird die Verwaltung prüfen, inwieweit ein Austrocknen der Klärteiche auf dem ehemaligen Zuckerfabriksgelände nachhaltig verhindert werden kann. Eine für Flora und Fauna und die Artenvielfalt unersetzliche Fläche. Der zum Teil beklagenswerte Zustand der Wirtschaftswege, die zugleich auch als Wander- und Fahrradwege genutzt werden, soll erfasst werden und die Wege sollen auf unseren Antrag hin so instandgesetzt werden, dass sie auch als Wander- und Fahrradwege genutzt werden können. Weiter soll die E-Mobilität durch die Errichtung von Ladestationen für Fahrräder im öffentlichen Verkehrsraum gefördert werden. Der Verwaltung ist auf unseren Antrag ein entsprechender Prüfauftrag erteilt worden.

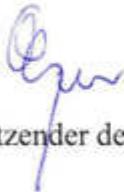
Meine Damen und Herren, auch in Ansehung dieser grundsätzlich erfreulichen Aspekte haben wir aber gleichwohl eine Vielzahl von Gründen aufgezeigt, die es gerechtfertigt, ja zwingend geboten erscheinen lassen, dass die CDU-Fraktion dem Haushaltsentwurf 2017 nicht zustimmt.

Nichtsdestotrotz ist ein Dankeschön angebracht. Insoweit danken wir zunächst Ihnen, Herr Bürgermeister, für die Moderation der Haushaltsberatungen. Unser besonderer Dank gilt – wie jedes Jahr – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, respektive den Herren

Baum und Esser, für die Erstellung des opulenten Zahlenwerks, Herrn Baum darüber hinaus für die Auskünfte, mit denen er uns im Rahmen unserer Haushaltsberatungen zur Seite gestanden hat. Ebenso ein Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die mit ihrer Arbeit ihren Beitrag zur Aufstellung des Haushalts geleistet haben.

Was bleibt noch zu sagen? Weihnachten steht vor der Tür. Das neue Jahr wirft seine Schatten voraus. Es ist mir deshalb ein besonderes Anliegen, Ihnen, Herr Bürgermeister, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung, den Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, aber auch den heute anwesenden Gästen, im Namen der CDU-Fraktion, aber selbstverständlich auch im eigenen Namen, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr 2017 zu wünschen.

Danke schön.



(Vorsitzender der CDU-Fraktion)

(Es gilt ausschließlich das gesprochene Wort.)